

## Belehrung und Erklärung zur Verfassungstreue

### 1. Belehrung

Referendarinnen und Referendare sind im juristischen Vorbereitungsdienst zur Loyalität gegenüber ihrem Dienstherrn verpflichtet. Hierzu gehört es, die Grundwerte der Verfassung nicht in Zweifel zu ziehen und nicht darauf auszugehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen. Sie müssen die Gewähr bieten, keine verfassungsfeindlichen Ziele zu verfolgen oder aktiv zu unterstützen (vgl. BVerwG, Urteil vom 10. Oktober 2024 - 2 C 15/23 -, BVerwGE 183, 207-229 und OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 4. Juni 2024 - OVG 4 S 14/24 -, juris).

Die freiheitlich demokratische Grundordnung lässt sich als Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, Verantwortung der Regierung gegenüber der Volksvertretung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. Urteil vom 23. Oktober 1952 - 1 BvB 1/51 - BVerfGE 2, 1 ff.; Urteil vom 17. August 1956 - 1 BvB 2/51 - BVerfGE 5, 85; BVerfG, Urteil vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13 -, Rn. 538 ff., juris, BVerfGE 144, 20-369 (LT 1-9)).

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen diese Grundsätze richten, ist unvereinbar mit den Pflichten der Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis und steht einer Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst entgegen.

Die Ausbildungsbehörde kann die Rechtsreferendarin oder den Rechtsreferendar von der Ausübung hoheitlicher Befugnisse ausschließen, wenn sie oder er nicht die Gewähr dafür bietet, dass sie oder er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin eintritt (§ 22 Abs. 3 Satz 1 JAO).

2. **Erklärung** - Bitte nur die zutreffende Erklärung unterzeichnen, d. h. **a) oder b)** -.

a) Ich bin über meine Pflicht zur Verfassungstreue und darüber belehrt worden, dass die Teilnahme an Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen ihre grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, mit den Pflichten im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses im juristischen Vorbereitungsdienst unvereinbar sind.

Auf Grund der mir erteilten Belehrung erkläre ich hiermit, dass ich die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Einhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich in keiner Weise Bestrebungen unterstütze, deren Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind. Ich bin mir bewusst, dass das Verschweigen einer solchen Unterstützung zur Zurücknahme der Einstellung führen kann.

---

(Ort, Datum, vollständige Unterschrift)

b) Ich bin nicht bereit, die unter a) genannte Erklärung und Versicherung abzugeben. (ggf. Erläuterung)

Ich habe folgende Gruppierungen, deren Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, unterstützt bzw. an deren Aktivitäten teilgenommen:

Ich beabsichtige, folgende Gruppierungen, deren Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, zu unterstützen bzw. an deren Aktivitäten teilzunehmen:

Ich bin mir bewusst, dass das Verschweigen einer solchen Unterstützung zur Zurücknahme der Einstellung führen kann.

---

(Ort, Datum, vollständige Unterschrift)